

Felix Rösel

Regionale Entwicklung und Vertrauen brauchen einen sichtbaren Staat vor Ort

Wo Schulen, Kommunalverwaltungen und Krankenhäuser schließen, zieht sich der Staat aus der Fläche zurück. Dieser Rückzug kostet nicht nur gut bezahlte Jobs und Zukunftsperspektiven, sondern auch Vertrauen in den Staat, insbesondere in strukturschwachen Regionen. In diesem Beitrag zeige ich, dass sich dort Räume für Populisten und ihre Narrative öffnen, wo öffentliche Institutionen fehlen. Der bewusste Erhalt und der Ausbau von sichtbarer öffentlicher Infrastruktur – auch oder gerade gegen den Trend – schafft das notwendige positive Zukunftsnarrativ, das Populismus den Nährboden entzieht.

„In jedem Dorf brauchen wir Institutionen, an denen ein brandenburgischer Adler hängt“. Mit diesen Worten warb Jann Jakobs, langjähriger Oberbürgermeister von Potsdam, bereits vor Jahren für einen flächendeckend sichtbaren Staat in Brandenburg und warnte eindringlich vor einem weiteren Rückbau von Strukturen in ländlichen Regionen.¹ Sieben Jahre später erreicht die AfD bei der Bundestagswahl 2025 in 61 von 413 brandenburgischen Gemeinden die absolute Mehrheit – alle ausnahmslos außerhalb des „Speckgürtels“ um Berlin.

In diesem Beitrag diskutiere ich am Beispiel Ostdeutschlands, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Rückzug des Staates aus der Fläche und dem Erstarken des Populismus gibt. Ich betrachte hierbei den Rechtspopulismus, der die populismustypische Anti-Elite-Rhetorik mit der radikalen Ablehnung von Zuwanderung und Pluralität verknüpft, beides häufig hinterlegt mit dem Narrativ einer vermeintlich besseren Vergangenheit (van Prooijen et al., 2022). Wähler rechtspopulistischer Parteien stehen entsprechend Zuwanderung ablehnend gegenüber und haben ein geringes Vertrauen in staatliche Institutionen (Arin et al., 2023). Dieses Profil trifft in Deutschland besonders auf Wähler der AfD zu (Reuband, 2025).

Ich argumentiere auf Basis aktueller Wahlergebnisse, dass der jahrzehntelange Rückzug des Staates aus der

Fläche, insbesondere in Ostdeutschland, populistischen Argumentationsfiguren Vorschub leistet. Wo Schulen, Krankenhäuser und Kommunalverwaltungen aus vermeintlichen Effizienzgründen schließen, geht die Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit des Staates verloren. Häufig wurden die Entscheidungen für Schließungen nicht vor Ort getroffen, sondern von einer als solche wahrgenommenen „Elite“ in den Landeshauptstädten. Die Distanz zwischen Bürgern und Politik nimmt zu, Misstrauen wächst, leerstehende Gebäude erinnern mahnend an bessere frühere Zeiten. Wegfallende öffentliche Infrastruktur bedeutet aber nicht nur eine geringere Sichtbarkeit des Staates, sondern kostet auch gut bezahlte Jobs, vor allem in strukturschwachen Gebieten (Harjunen et al., 2021). Zudem geht politische Repräsentanz, Ortskenntnis und der Draht zu lokalen Akteuren verloren und schwächt die Effizienz staatlichen Handelns. Die Zentralisierung staatlicher Einrichtungen kann das Gefühl eines regionalen Abstiegs nähren, das viele populistische Wähler umtreibt.

Eine wesentliche Schlussfolgerung dieses Beitrags ist, dass eine höhere lokale Präsenz des Staates ein wichtiges Element sein kann, um verloren gegangenes Vertrauen in öffentliche Institutionen zurückzugewinnen. Diese Sichtbarkeit und direkte Ansprechbarkeit vor Ort kann auch durch digitale Angebote oder höhere Sozialleistungen nicht ersetzt werden. Mit Blick auf begrenzte Ressourcen spricht vieles dafür, der Stärkung staatlicher

¹ o. V. (2018).

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Felix Rösel ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Stadt- und Regionalökonomik an der TU Braunschweig.

Kerninstitutionen auf lokaler Ebene wieder deutlich mehr Priorität gegenüber dem weiteren Ausbau des Sozialstaats auf nationaler Ebene zu geben.

AfD ist dort stark, wo der Staat weniger sichtbar ist

Die 1990er und 2000er Jahre waren in Ostdeutschland gekennzeichnet durch den „Aufbau Ost“ und einen spürbaren Wohlstandszuwachs. Viele gut sanierte ostdeutsche Innenstädte und Privatinmobilen zeugen davon. Häufig übersehen wird dabei jedoch, dass es zeitgleich einen dramatischen Rückzug des Staates aus der Fläche gab. In Ostdeutschland schloss seit 1990 jede zweite Schule, jeder fünfte Schienenkilometer wurde stillgelegt (Gäbler et al., 2021) und nach zahlreichen Gebietsreformen gibt es heute rund 70 % weniger Kommunalverwaltungen und -politiker als 1990. Der vor 1990 omnipräsente Staat ist in vielen ländlichen Orten im Osten nahezu unsichtbar geworden.

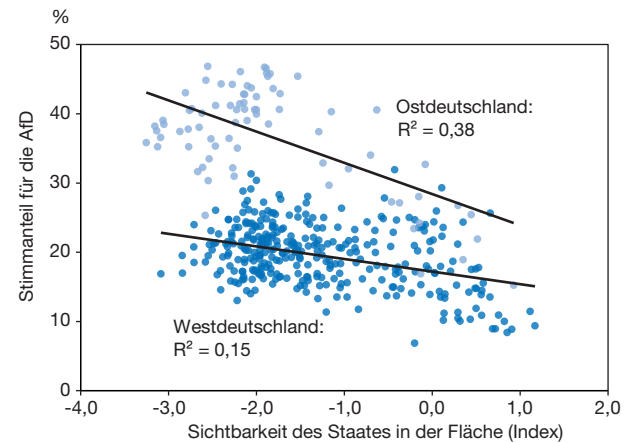
Die mit der Zentralisierung staatlicher Infrastruktur verbundenen ökonomischen Hoffnungen haben sich indes kaum realisiert (Blesse & Rösel, 2017; Tavares, 2018); mitunter hat sich Dezentralisierung sogar als wirtschaftlich deutlich vorteilhafter erwiesen (Narasimhan & Weaver, 2024; Dahis & Szerman, im Erscheinen). Die Studienlage zu politischen Folgen ist hingegen eindeutig: Je unsichtbarer der Staat wird, umso mehr sinkt das Vertrauen in den Staat. Dieser Zusammenhang konnte z. B. für Polizei- präsens nachgewiesen werden (Yesberg et al., 2023). Andere Studien zeigen, dass eine zunehmende Entfernung zwischen öffentlichen Verwaltungen und Bürgern Vertrauen in lokale Institutionen und Lebenszufriedenheit reduziert (Hansen, 2013; Flèche, 2021); bürgernahe Strukturen erhöhen dagegen Vertrauen in lokale Politik (Arends et al., 2023).

Populistische Parteien leben vom Vertrauensverlust in die etablierte Politik. Die Zusammenlegung oder Schließung wichtiger öffentlicher Institutionen wie Kommunalverwaltungen (Rösel & Sonnenburg, 2016; Blesse & Rösel, 2019) oder wichtiger „dritter Orte“ wie Pubs (Bolet, 2021) gehen mit einem Anstieg von rechtspopulistischen Stimmen einher. In Ostdeutschland kommen erschwerend die großen Umwälzungen in der Privatwirtschaft nach 1990 hinzu. So ist der Vertrauensverlust und Zuspruch für Populisten in Ostdeutschland dort besonders stark, wo die Treuhandaktivitäten am intensivsten waren (Kellermann, 2024). Statt in dieser Situation stabilisierend zu wirken, verschärfte der Staat durch seinen Rückzug aus der Fläche oft noch die Intensität der Transformation.

Vieles spricht also für einen Zusammenhang zwischen lokaler öffentlicher Infrastruktur und dem Zuspruch für

Abbildung 1

Sichtbarkeit des Staates und AfD-Stimmanteile bei der Bundestagswahl 2025



Die Abbildung stellt einen Index für die Sichtbarkeit staatlicher Institutionen in der Fläche den AfD-Stimmanteilen bei der Bundestagswahl 2025 gegenüber. Der Sichtbarkeitsindex ergibt sich als logarithmierte Summe der Zahl der Kreisverwaltungen (2024), Gemeindeverwaltungen (2024), Finanzämter (2024), Polizeidienststellen (2019), Gerichte (2024), Krankenhäuser (2022), Apotheken (2024), Hochschulen (2023), allgemeinbildenden Schulen (2023) sowie Bibliotheken (2024) – jeweils je km² Bodenfläche (2023).

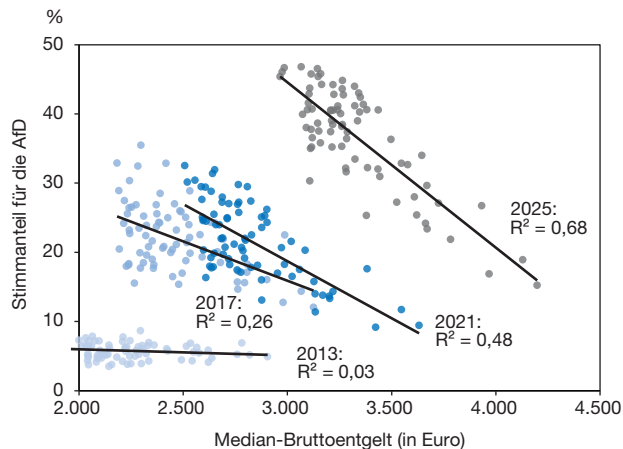
Quelle: Bundeswahlleiterin (2025), INKAR (2025), eigene Berechnungen.

die AfD. Eine Analyse der lokalen Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2025 stützt diese These. Abbildung 1 stellt die AfD-Stimmanteile nach Landkreisen und kreisfreien Städten einem Index für die Sichtbarkeit des Staates in der Fläche gegenüber. Der Index ergibt sich als logarithmierte Summe von elementaren Einrichtungen des Staates bzw. der Daseinsvorsorge (z. B. Verwaltungen, Polizei und Justiz sowie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen) je km² Bodenfläche. Je niedriger der Index, umso geringer ist die Präsenz des Staates in der Fläche. Die Abbildung zeigt insbesondere für Ostdeutschland einen negativen Zusammenhang: Wo öffentliche Einrichtungen in der Fläche weniger vertreten sind, erfuhr die AfD bei der Bundestagswahl 2025 einen stärkeren Zuspruch. In Westdeutschland ist der Zusammenhang bisher etwas schwächer ausgeprägt. Die Ergebnisse stützen aktuelle Befunde, wonach eine Verlagerung von Behörden in strukturschwache Regionen die Zustimmung zur AfD reduziert (Dörr et al., 2024).

Populismus wird immer ökonomischer

Der Verlust von zentraler öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Verwaltungen oder Polizeistationen hat nicht nur Auswirkungen auf das Vertrauen, sondern auch ökonomische Implikationen. Diese können sich wiederum indirekt auf das

Abbildung 2
Lohnniveau und AfD-Stimmanteile bei
Bundestagswahlen in Ostdeutschland



Die Abbildung stellt das Median-Bruttoentgelt der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit in 76 ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten (mit Berlin) den AfD-Stimmanteilen bei Bundestagswahlen gegenüber. 2013: Median-Bruttoentgelt von 2014. 2025: Median-Bruttoentgelt von 2024.

Quelle: eigene Berechnungen basierend auf Bundesagentur für Arbeit (2025), Bundeswahlleiterin (2025).

Vertrauen in den Staat auswirken (Boskin et al., 2025). Für periphere Regionen sind gut bezahlte Arbeitsplätze in öffentlichen Einrichtungen gesamtwirtschaftlich besonders relevant, z. B. in Verwaltungen (Freitas, 2025), Krankenhäusern (Alexander & Richards, 2023) oder Bildungseinrichtungen wie Schulen (Freier et al., 2021; Sageman, 2022) und Hochschulen (Meier, 2024). Eine Schließung oder Verlagerung dieser Einrichtungen kann mit spürbaren lokalen Job- und Einkommensverlusten einhergehen.

Die regionalökonomischen Auswirkungen von staatlicher Infrastruktur sind deshalb zunehmend relevant, weil die AfD-Stimmen in Ostdeutschland immer stärker auch von wirtschaftlichen Motiven geprägt sind (Abbildung 2). Bei der Bundestagswahl 2013 korrelierten die Stimmanteile für die AfD kaum mit dem lokalen Lohnniveau ($R^2 = 0,03$). Bei der Wahl im Februar 2025 erklären Lohnunterschiede zwischen den ostdeutschen Landkreisen hingegen fast 70 % der Unterschiede in den AfD-Stimmanteilen. Ein Vergleich von 2017 und 2021 zeigt, dass dies nicht nur mit dem generell höheren Zuspruch zur AfD zu tun hat. In beiden Jahren erreicht die AfD in Ostdeutschland nahezu den gleichen Stimmanteil (2017: 23 %, 2021: 22 %). Die Korrelation der AfD-Kreisergebnisse und des lokalen Lohnniveaus nahm aber zwischen 2017 und 2021 sprunghaft zu; das R^2 verdoppelte sich nahezu von 0,26 auf 0,48.

Der Rechtspopulismus in Ostdeutschland geht damit inzwischen weit über die ideologische Dimension, z. B. Positionen zu Einwanderung und Pluralität, hinaus.² Entscheidungen und Maßnahmen, die Einfluss auf die lokale Wirtschaftsentwicklung haben, werden folglich auch politisch immer bedeutsamer. AfD-Wähler haben besonders häufig wirtschaftliche Sorgen und das Gefühl eines regionalen Statusverlusts (Bergmann et al., 2025). Greve et al. (2023) zeigen, dass eine sichtbare kollektive Erinnerung an eine frühere Industriegesellschaft mit größerer Zustimmung zur AfD einhergeht. Unter allen Wählern mit schlechter wirtschaftlicher Situation wurde die AfD bei der Bundestagswahl 2025 mit 39 % die mit Abstand stärkste Partei und erhielt damit fast genauso viele Stimmen wie CDU, SPD und Die Linke zusammen (Tageschau.de, 2025). Der Rückzug des Staates aus der Fläche birgt die Gefahr, regionale Abstiegsängste weiter zu verstärken. Sinkende Immobilienpreise nach dem Rückzug staatlicher Institutionen senden hierfür bereits ein deutliches Signal (Harjunen et al., 2021).

Schlussfolgerung

Der Rückzug des Staates aus der Fläche begünstigt das Entstehen populistischer Narrative auf zweierlei Weise. *Erstens*: Die wachsende räumliche Distanz zwischen Bürgern und staatlichen Kerninstitutionen wie Schulen, Polizei und Verwaltungen schwächt das Vertrauen in den Staat. Leerstehende Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser sind mahnende Erinnerungen und befeuern das Narrativ einer besseren Vergangenheit. *Zweitens* können der Wegfall von gut bezahlten staatlichen Jobs und die damit verbundenen regionalökonomischen Konsequenzen wirtschaftliche Sorgen und ein Gefühl eines regionalen Statusverlusts verstärken, das besonders bei AfD-Wählern verbreitet ist. Beide Effekte hängen wesentlich an der geografischen Nähe bzw. Sichtbarkeit und sind deshalb auch durch digitale Angebote oder höhere Sozialleistungen nicht zu kompensieren. Studien belegen, dass bei einer Verlagerung von Behörden bzw. öffentlichen Jobs in den peripheren Raum die Stimmanteile populistischer Parteien sinken (Dörr et al., 2024). Auch andere Formen der Regionalpolitik sind in dieser Hinsicht relevant. Maßnahmen der Regionalförderung wie die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder EU-Strukturfonds stärken nicht nur lokale Einkommen und Beschäftigung (Dettmann et al., 2021), sondern reduzieren ebenfalls die Stimmanteile für populistische Parteien (Gold & Lehr, 2024).

² In Westdeutschland ist der Zusammenhang zwischen Lohnniveau und AfD-Stimmverhalten dagegen bisher moderat (für 2025: $R^2 = 0,12$; hier nicht dargestellt).

Eine stärkere räumliche Streuung staatlicher Jobs und Einrichtungen muss auch nicht zwangsläufig teurer oder ineffizient sein, ist jedoch alles andere als einfach. Die Schließung von staatlicher Kerninfrastruktur wie Schulen setzt regelmäßig eine Abwärtsspirale in Gang (Freier et al., 2021). Fachkräfte für öffentliche Einrichtungen sind in peripheren Regionen knapp und viele frühere Standortentscheidungen damit kaum noch reversibel. Auch begrenzte fiskalische Ressourcen setzen einer Reaktivierung oder Dezentralisierung lokaler staatlicher Infrastruktur enge Grenzen. Vieles spricht jedoch dafür, der Stärkung staatlicher Kerninstitutionen auf lokaler Ebene Priorität gegenüber einem weiteren Ausbau des Sozialstaats auf nationaler Ebene zu geben. Dies gilt vor allem für besonders symbolträchtige Infrastruktur für jüngere Menschen wie Schulen, Hochschulen oder Geburtsstationen. Der bewusste Erhalt und der Ausbau von öffentlicher Infrastruktur – auch oder gerade gegen den Trend – schafft das positive Zukunftsnarrativ, das Populismus den Nährboden entzieht.

Literatur

- Alexander, D. & Richards, M. R. (2023). Economic Consequences of Hospital Closures. *Journal of Public Economics*, 221, 104821.
- Arends, H., Brik, T., Herrmann, B. & Roesel, F. (2023). Decentralization and Trust in Government: Quasi-experimental Evidence from Ukraine. *Journal of Comparative Economics*, 51(4), 1356–1365.
- Arin, K. P., Polyzos, E. & Thum, M. (2023). The Populist Voter: A Machine Learning Approach for the Individual Characteristics. *CESifo Working Paper*, 10472.
- Bergmann, K., Diermeier, M. & Kempermann, H. (2025). AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen. *IW-Kurzbericht*, Nr. 62.
- Blesse, S. & Rösel, F. (2017). Was bringen kommunale Gebietsreformen? Kausale Evidenz zu Hoffnungen, Risiken und alternativen Instrumenten. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 18(4), 307–324.
- Blesse, S. & Roesel, F. (2019). Merging County Administrations. Cross-national Evidence of Fiscal and Political Effects. *Local Government Studies*, 45(5), 611–631.
- Bolet, D. (2021). Drinking Alone: Local Socio-cultural Degradation and Radical Right Support. The case of British Pub Closures. *Comparative Political Studies*, 54(9), 1653–1692.
- Boskin, M. J., Kleiner, A. & Whiton, I. T. (2025). A Note on Factors Influencing Trust in Government. *NBER Working Paper*, 34472.
- Bundesagentur für Arbeit. (2025). *Tabellen, Sozialversicherungspflichtige Bruttomonatsentgelte (Jahreszahlen), Deutschland, West/Ost, Länder und Kreise, Stichtag: 31.12.2024 (sowie Vorjahrespublikationen)*.
- Bundeswahlleiterin. (2025). *Weitere Ergebnisse: Ergebnisse der Wahlbezirksstatistik: Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 nach kreisfreien Städten und Landkreisen*.
- Dahis, M. & Szerman, C. (im Erscheinen). Decentralizing Development: The Economic Impacts of Government Splits. *American Economic Journal: Applied Economics*.
- Dettmann, E., Brachert, M., Schneider, L. & Titze, M. (2021). Die Wirkung von GRW-Investitionszuschüssen – ein Beitrag zum Aufholprozess? *Wirtschaftsdienst*, 101 (Konferenzheft), 26–31.
- Dörr, L., Dorn, F. & Freitas, D. (2024). *Do Place-based Policies Matter at the Poll?* Unveröffentlichtes Working Paper.
- Flèche, S. (2021). The welfare consequences of centralization: evidence from a quasi-natural experiment in Switzerland. *Review of Economics and Statistics*, 103(4), 621–635.
- Freier, R., Simmler, M. & Wittrock, C. (2021). Public good provision and local employment – Evidence from grammar school closures in East Germany. *Regional Science and Urban Economics*, 88, 103672.
- Freitas, D. (2025). The Potential of Public Employment Reallocation as a Place-Based Policy. *NBER Working Paper*, 33432.
- Gähler, S., Krause, M. & Rösel, F. (2021). 15 000 Kilometer Bahnstrecken weniger als vor 70 Jahren in Deutschland – Ost und West gleichermaßen betroffen. *ifo Dresden berichtet*, 28(04), 3–6.
- Gold, R. & Lehr, J. (2024). Paying Off Populism: How Regional Policies Affect Voting Behavior. *Kiel Working Papers*, 2266.
- Greve, M., Fritsch, M. & Wyrwich, M. (2023). Long-term Decline of Regions and the Rise of Populism: The Case of Germany. *Journal of Regional Science*, 63(2), 409–445.
- Hansen, S. W. (2013). Polity Size and Local Political Trust: A Quasi-experiment Using Municipal Mergers in Denmark. *Scandinavian Political Studies*, 36(1), 43–66.
- Harjunen, O., Saarimaa, T. & Tukiainen, J. (2021). Political representation and effects of municipal mergers. *Political Science Research and Methods*, 9(1), 72–88.
- INKAR – Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. (2025). *Laufende Raumbearbeitung des BBSR – INKA*, Ausgabe 07/2025. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).
- Kellermann, K. L. (2024). Trust we lost: The impact of the Treuhand experience on political alienation in East Germany. *Journal of Comparative Economics*, 52(1), 54–75.
- Meier, P. (2024). Universities and Firm Performance: Evidence from Germany. *German Economic Review*, 25(2), 61–100.
- Narasimhan, V. & Weaver, J. (2024). Polity size and local government performance: evidence from India. *American Economic Review*, 114(11), 3385–3426.
- o. V. (2018, 30. Oktober). *Gemeindebund warnt vor der nächsten Reform*. Märkische Oderzeitung.
- Reuband, K.-H. (2025). Der Aufstieg der AfD in der Wählergunst: Rechtspopulistische Einstellungen und Vertrauen in die Bundesregierung als Einflussfaktoren. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, (1), 184–220.
- Rösel, F. & Sonnenburg, J. (2016). Politisch abgehängt? Kreisgebietsreform und AfD Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern. *ifo Dresden berichtet*, 23(6), 6–13.
- Sageman, J. (2022). School closures and rural population decline. *Rural Sociology*, 87(3), 960–992.
- Tagesschau.de. (2025, 24. Februar). *Stimmanteile bei Wählenden mit schlechter wirtschaftlicher Situation*.
- Tavares, A. F. (2018). Municipal amalgamations and their effects: A literature review. *Miscellanea Geographica. Regional Studies on Development*, 22(1), 5–15.
- van Prooijen, J.-W., Rosema, S., Chemke-Dreyfus, A., Trikaliti, K. & Hormigo, R. (2022). Make it great again: The relationship between populist attitudes and nostalgia. *Political Psychology*, 43(5), 951–968.
- Yesberg, J., Brunton-Smith, I. & Bradford, B. (2023). Police visibility, trust in police fairness, and collective efficacy: A multilevel Structural Equation Model. *European Journal of Criminology*, 20(2), 712–737.

Title: *Regional development and trust require a visible state presence on-site*

Abstract: *When schools, local authorities, and hospitals close, the state withdraws from these areas. This withdrawal not only costs well-paid jobs and future prospects but also political trust, especially in economically weak regions. In this article, I show that spaces for populists and their narratives open up where public institutions are absent. Maintaining and expanding visible public infrastructure – even against the trend – creates the necessary positive narrative that deprives populism of its breeding ground.*